

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Republik. 1918-1930  
36 (1922)**

52 (2.3.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-453643](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-453643)

36. Jahrgang

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 15.25 Mark, dazu 2.25 Mark Sperrgelde, bei Abholen von der Expedition 16.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 60.00 Mark, monatlich 20.00 Mark einschließlich Postgebühren.

# Republik

Preis 70 Pf.

Bei den Inseraten wird die einpolige Millimeterzeile oder deren Raum für die Zeilenzeiten in Kaffingen - Wilhelmshaven und Umgebung mit 90 Pfennig berechnet. Für ausserordentliche Inseraten 1.50 Mk., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Einzelne im Kleinauftrag die Millimeterzeile 5.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Donnerstag, 2. März 1922 \* Nr. 52

Redaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 1265

## Nach der Frankfurter Konferenz.

Der sozialistischen Fünfländer-Konferenz, die vom 25. bis zum 27. Februar in Frankfurt a. M. tagte, kommt in zwei Richtungen eine besondere Bedeutung zu. Die Konferenz ist ebenso wichtig durch die Art ihres Zustandeskommens und ihrer Zusammenkunft, wie durch die Beschlüsse, die sie fasste.

Die Fünfländer-Konferenz stellt einen ganz wesentlichen Fortschritt der Bestrebungen dar, eine aktive, leistungsfähige sozialistische Internationale wieder aufzubauen. Die zweite Internationale hat sich stets als die Fortsetzerin der Ueberlieferungen aus der Zeit vor dem Kriege betrachtet, sie hat keine sozialistische Richtung die für verschlossen. Auf dem internationalen Sozialisten-Kongress von Genf im Sommer 1920 waren sowohl den deutschen Unabhängigen wie den französischen Sozialisten eine Reihe von Sätzen entscheidend ihrer Stärke freigehalten worden. Die deutschen Unabhängigen und die Franzosen kamen aber nicht, weil damals die Verhütung durch den Kriegszustand noch zu stark wirkte. Sie zogen es vor, mit den Österreichern zusammen eine neue Internationale zu schaffen, die man hauptsächlich die Internationale 2<sup>a</sup> nannte, weil sie zwischen der 2. Internationale mit dem Sitz in London und der 3. mit dem Sitz in Moskau die Mitte zu halten versuchte. Die deutschen Unabhängigen und ganz besonders die Franzosen sind seitdem durch die Erfahrungen, die sie mit den Kommunisten machten, viel vernünftiger geworden. Sie sträubten sich jetzt nicht mehr, sich mit den Vertretern der 2. Internationale an einen Tisch zu setzen, aber sie behielten doch ihren 2<sup>a</sup>-Charakter, da sie versichern, sie würden mit Vertretern der 3. Internationale ebenso gern zusammengehen, wie mit denen der 2. Das Exekutivkomitee der 2. Internationale hat sich im Interesse der Einigung nicht grundsätzlich gegen ein Zusammentreffen mit den Anhängern Moskaus getraut. Es hat aber dafür seine Bedingungen aufgestellt, die die Vermittlung der Sozialisten und die Einkerbung nicht sozialistischer Sozialisten in Russland betreffen. Da sich die Vertreter der französischen Sozialisten und der deutschen Unabhängigen ihrer ganzen bisherigen Haltung nach gegen solche Bedingungen nicht wehren können, war mit dem prinzipiellen Zugeständnis der 2. Internationale, sich unter Umständen auch mit den Moskowitern zu treffen, die Brücke zwischen 2. und 3<sup>a</sup> geschlagen, und das Zustandekommen der Fünfländer-Konferenz gesichert.

Auf dieser Konferenz haben nun die französischen Sozialisten mit der englischen Arbeiterpartei und der deutschen Sozialdemokratie, also den Hauptkräften der 2. Internationale, ganz ausgesprochen zusammengearbeitet. Die erste sozialistische Zusammenkunft nach dem Kriege, die die Vertreter der maßgebenden sozialistischen Arbeiterparteien Englands, Deutschlands und Frankreichs an einen Tisch vereinigte, wird sicher nicht die letzte bleiben. Die internationale sozialistische Verbindung zwischen Paris und London und Paris und Berlin ist wieder hergestellt. Darin liegt ein Teil der großen Bedeutung, die der sozialistischen Fünfländer-Konferenz von Frankfurt a. M. innewohnt.

Der zweite Teil dieser Verbindung liegt, wie schon gesagt, in den Beschlüssen, die auf dieser Konferenz gefasst worden sind. Engländer und Franzosen, die Belgier nicht zu vergessen, haben sich verpflichtet, auf eine rasche Räumung der besetzten Gebiete und auf eine Ermöglichung der deutschen Kriegsenfesseldüngung bis auf den Betrag, der zur Wiederherstellung der zerstörten Gebiete notwendig ist, hinzuwirken. Das ist ungleich ein ganz großer moralischer Erfolg. Schon die Tatsache allein, daß große Parteien der Ententeländer gegen das Unrecht protestieren, das Deutschland durch die Politik der Okkupation erleidet, und daß sie den Vertragsbruch verurteilen, der durch die Aufhebung der Pensionenentschädigungen auf die Schultern Deutschlands verübt worden ist, hat ihre außerordentliche Bedeutung. Diese Parteien sind aber überdies nicht irgendeiner. Ganz besonders die englische Arbeiterpartei hat einen sehr starken Einfluß auf die öffentliche Meinung ihres Landes, wie sich schon aus ihren fortgesetzten Wahlgesiegen ergibt. Die französische Partei ist freilich durch den kommunistischen Wirrwarr und den chauvinistischen Eifer des nationalen Blods augenblicklich einermögern in die Enge getrieben. Aber die Berichte unserer französischen Freunde zeigen uns, daß sich in beiden Richtungen ein entscheidender Umschwung vorbereitet. Der Kommunismus muß, wie sonst überall in Europa, auch in Frankreich seine Quark verlieren, seitdem die einzige kommunistische Regierung, die es auf der Welt gibt, die russische, ihren Frieden mit dem Weltkapitalismus gemacht hat. Und der nationale Blod, der im Rahmen der Siegesnoblen nach dem Kriege zustande gekommen ist, wird nach allgemeiner Voraussage die nächsten Wahlen nicht überdauern. Dann wird der französische Sozialismus nach beiden Seiten hin wieder seine Kräfte freibekommen.

## Freiheiten für Ägypten.

Im englischen Unterhaus gab Lord George vorgetreten Erklärungen bezüglich der jetzigen Stellung Ägyptens an. Diese enthalten folgende Grundzüge:

- 1. Das Protektorat wird aufgehoben, und es steht Ägypten frei, nationale Einrichtungen zu schaffen, die den Wünschen des ägyptischen Volkes entsprechen. 2. Der Belagerungszustand wird aufgehoben, jedoch ein Indemnitätsgesetz angenommen ist. 3. Die folgenden vier Fragen bleiben dem Ertrassen der britischen Regierung vorbehalten: a) die Befreiung der Vertriebenen des britischen Reiches in Ägypten, b) die Verbringung Ägyptens gegen jeden fremden Angriff hin, direkt oder indirekt (Garnison), c) der Schutz der ausländischen Interessen und der Minoritäten in Ägypten, d) der Sudan.

Lord George fuhr fort: Wir sind bereit, mit der ägyptischen Regierung in einem Geiste der Verständlichkeit ein jede Zelle befruchtendes Zusammen über diese Fragen zu schließen, sobald sich eine sänftliche Gelegenheit dafür bietet. Wir haben nicht der gegenwärtigen Zustand bezüglich der unter a-d erwähnten Punkte unverständlich.

Die im Parlament über die ägyptische Frage vertriebenen Dokumente, die die Grundlage der Darlegungen des Lord George bilden, besagen, daß dem Sultan von Ägypten mitgeteilt sei, es bestünde kein Hindernis für die sofortige Wiedereröffnung eines ägyptischen Ministeriums für ein zu wählendes Kabinet, das die vorbereitenden Arbeiten zur Schaffung einer diplomatischen und konsularischen Vertretung Ägyptens treffen kann. Weiter wird durch die englische Regierung betont: Wir werden erklären, daß wir keine anderen Macht gestatten werden, die besonderen Beziehungen Großbritanniens zu Ägypten zum Gegenstand einer Erörterung zu machen oder in Frage zu stellen und daß wir jeden heranzuziehenden Versuch als eine unzulässige Einmischung ansehen werden.

Was den ganzen Gang der Dinge betrifft, wie er wieder einmal, daß die Engländer lange Zeitler sind. Aber nach Irland und Ägypten kommt auch Indien an die Reihe!

### Zu Fall gebracht!

Nach Berlin wird gemeldet: Der Hauptgeschäftsbund der gewerblichen Handwerker hat den Antrag der Deutschen Nationalen auf Verleihung der gesamten Staatsbürgerrechte für Protogewerbe mit 16 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Unter denselben Umständen ist der Antrag der Protogewerbetreibenden gegen den Antrag der Protogewerbetreibenden.

### Die Nachlieferungen.

(Eig. Drahtbericht.) Zu der vorläufigsten Inhaltsangabe der vorläufigen Abmachungen mit der Reparationskommission über die Nachlieferungen sind noch folgende ergänzende Bemerkungen zu machen: Die auf Grund der neuen Vereinbarungen im freien Verkehr zu ergebenden Warenlieferungen unterliegen wie alle übrigen Exporterzeugnisse dem Prohibitivsystem aller einschneidenden Bestimmungen der deutschen Handelsverträge, ebenso wie sie auch der Verzollung und den übrigen Handelsbestimmungen der fremden Mächte unterworfen sind.

Zu betonen ist, daß Voraussetzung dieser Nachlieferungen die freie Vereinbarung eines Käufers aus den alliierten Ländern mit einem deutschen Verkäufer ist. Die Abmachungen regeln im wesentlichen die Zahlungsmodalitäten in dem Sinne, daß der Gegenwert der deutschen Lieferungen teilweise auf das Reparationskonto gutgeschrieben wird, wofür der Verkäufer von den deutschen Behörden in voller Höhe mit Papiermarkt entfähiglich werden soll. Die Nachlieferungen erfolgen jeweils zum Kurs des Währungsplatzes des gültigen Vertrages. Der Verkäufer kann also genau wie früher mit dem Papiermarkt kalkulieren. Nach den Vereinbarungen kommen die von den alliierten Käufern für Waren auf fremde Währungsplätze zu entrichtende Beträge in Zweifeln dem deutschen Verkäufer zugute, die auf diese Art in die Lage versetzt werden, die für ihre Betriebe notwendigen ausländischen Rohstoffe zu beschaffen.

Nach einer andererseits Schätzung kommen nach den für die Nachlieferungen eingerechneten Gesamtbeträgen, von den je der Gegenwert für die bereits auf anderer Welt vereinbarten Lieferungen für 1922 und endlich die von England auf Grund des Recovery-Akt erhaltene Abgabe abgezogen, nach etwa 150 Millionen Goldmark in Betracht. Es ist anzunehmen, daß Belgien, Italien und Dänemark von den Vereinbarungen Gebrauch machen und Zusammenarbeiten mit Deutschland ablehnen werden. Brauchsetzung hierfür ist allerdings, daß die Vereinbarungen von der Kommission im Reichshaus geteilt werden.

Es hat auf der sozialistischen Fünfländer-Konferenz sicherlich keinen Deutschen gegeben, der angesichts der ziellosen Energie, mit der die Engländer für die Revision des Friedens eintreten und der heraldischen Bräutlichkeit, mit der sich ihnen die Franzosen begegneten, nicht gewünscht hätte, unsere englischen und französischen Genossen würden jetzt schon in der Regierung sitzen, um ihren Einfluß für die Revision des Friedens von Versailles im Sinne der Gerechtigkeit und für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft im Geiste der Völkerverständlichkeit geltend zu machen. Während die Konferenz tagte, traf aus Berlin eine Nummer der unabhängigen „Freiheit“ ein, in der Karl Kaunzsch mit ausgezeichneten Gründen für die Koalitionspolitik eintrat. Zu diesen ausgezeichneten, innerpolitischen Gründen hat die Fünfländer-Konferenz durch die bloße Tatsache ihrer Beratungen noch bessere, außenpolitische Gründe geliefert. Auch im internationalen Interesse müssen wir wünschen, daß die Sozialisten der verschiedenen Länder mit der Weltentmachtung ihres Einflusses nicht so lange warten, bis sie allein die ganze Macht in Händen haben. Denn diese

### Französisches Kapital in Oberschlesien.

(Eig. Drahtbericht.) Von deutscher wie von neutraler Seite ist bisher behauptet worden, daß die französische Propaganda für ein polnisches Oberschlesien gewisse Erfolge erzielt und insbesondere darauf hinarbeitet, die polnisch werdenden Gebiete in den Besitz französischer Unternehmer zu bringen. Wiewohl diese Behauptungen sowohl von polnischer wie von französischer Seite entschieden bestritten worden. Neuerdings wird selbst von den Polen angegeben, daß der ehemalige preussisch-polnische Grenzbezirk in Polnisch-Oberschlesien an die französische Industrie übergeben ist. In Katowice ist bereits eine französisch-polnische Gesellschaft gegründet worden, die dem Staat die künftigen Gebiete auf 66 Jahre abgepachtet hat.

Die französische Propaganda für ein polnisches Oberschlesien hat sich also gelohnt. Weht die Französisierung der an Polen abgetretenen Gebiete in höherem Maße weiter, dann werden wir bald ein französisches Oberschlesien haben.

### Berliner Börsenmeldungen.

(Eig. Drahtbericht.) Am Berliner Dreißigsten Markt hat sich mit Beginn des neuen Monats das Geschäft bedeutend verringert, da am 1. März die Dreißigstordnung in Kraft getreten ist, die die Preise der zum Dreißigsten getragenen Wertpapiere erheblich einschränkt. Nach einer Währungsänderung zeigte die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel am Mittwoch wieder steigende Tendenz. Einmal notierte der Dollar 230. Mit Effektenmarkt lauter die Kurse an.

### Um die „Freiheit“ - Druckerel.

(Eig. Drahtbericht.) Der in den letzten Tagen gestiegene Verkauf der Berliner „Freiheit“-Druckerei hat zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen der „Akte Johne“ und dem unabhängigen Blatt geführt. Die „Akte Johne“ hatte der einigen Tagen einen Bericht über eine Betriebsübernahme der „Freiheit“-Druckereibetriebe abgedruckt, in dem dieselben Beschuldigungen gegen die Betriebsleitung der „Freiheit“-Druckerei erhoben wurden. Die „Freiheit“ erwiderte darauf mit einer Erklärung, die erkennen ließ, daß die „Akte Johne“ übertrieben hat. In ihrer Antwort-Überantwortung macht nun die „Akte Johne“ weitere Mitteilungen über den Verkauf der „Freiheit“-Druckerei. Von allgemeinem Interesse ist die Behauptung, daß durch Vermittlung einer deutschen Bank das Ansehen der „Freiheit“ an die Volksbank in Glatz verkauft worden sei. Der Verkauf eines deutschen Unternehmens, das von deutschen Arbeitern gegründet und erhalten wurde, an eine ausländische Bank mutet und recht seltsam an. Man kann mit Recht gespannt sein, was die unabhängige Partei zu den neuen Aufschlüssen zu sagen hat.

### Amerikanische Schiffsahrtsfragen.

Aus Washington wird berichtet: Harding unterbreitete dem Senat einen Gesetzentwurf über die Entlohnung der Panzerkreuzer. Die jährliche Subvention beträgt 32 Millionen Dollar, die aufgebracht werden soll durch eine schwebende Abgabe von den Panzerkreuzern. Die vom Schiffbauern zurückgehaltenen Schiffe sollen verkauft werden. Mit fremden Schiffen sollen nach den Vereinbarungen nicht mehr als 50 Prozent der Einnahever befördert werden. Die Eisenbahnräte für Waren, die durch amerikanische Schiffe befördert werden, sollen herabgesetzt werden. Den Öl-Abhängigkeitsstaaten ist es von jetzt ab gestattet, Küstenhäfen zu betreiben und eigene Panzerkreuzerflotten zu gründen. Harding fügte hinzu, die Panzerkreuzer müßten sich eine Über heraus machen, die Transportschiffe ihrer eigenen Waren zu sein.

### Derurteilte Ehrhardtianer.

Aus Düsseldorf meldet Wolff: Wegen einer Reihe von Verbrechen hat die Reichsgerichtliche unter Verurteilung der Jagdbrigade zur Disziplin Strafen verhängt. Zwei Einmänner wurden zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, gegen 21 Personen erkannte das Gericht auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und Ausweisung. In der Begründung heißt es, daß die Verurteilten an einem im letzten Gebiet verübten Verbrechen teilgenommen oder sie begünstigt haben.

unglückliche Welt hat keine Zeit zu warten, sie braucht keine schönen Pläne für eine Zukunft, die einmal kommen wird, sondern praktische Maßnahmen, um schon jetzt, oder so bald wie nur irgendmöglich aus dem aller schlimmsten Elend herauszukommen.

Die sozialistische Fünfländer-Konferenz von Frankfurt am Main wurde auf diese Weise zu einem Beweisstück für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Politik. Sie wird der sozialistischen Bewegung in allen Ländern einen mächtigen Antrieb geben und hoffentlich in nicht ferner Zeit auch praktische Ergebnisse im Interesse des arbeitenden Volkes zur Folge haben.

### Steuerkompromiß und Koalitionsfrage.

Der Reichsverband des Sozialdemokratischen Vereins von Groß-Dresden nahm in einer von weit über 300 Funktionären besuchten Versammlung Stellung zum Steuerkompromiß und den damit verbundenen Fragen. Nach eingehender Aussprache, in der der Abg. des Reiches, Genosse Rahmann, Bericht erstattete, wurde die nachfolgende Entschließung angenommen: Die















